

Nachrichten aus Brüssel

Studie: Mobilität von Gesundheitsfachkräften

Eine von der Europäischen Kommission finanzierte Studie des European Observatory on Health Systems and Policies hat die Mobilität von Gesundheitsfachkräften in der Europäischen Union (EU) unter die Lupe genommen. Demnach hat die Bereitschaft, im EU-Ausland zu arbeiten, bei den Angehörigen der Gesundheitsberufe stark zugenommen. Hauptgründe sind ein höheres Gehaltsgefüge, bessere Arbeitsbedingungen – einschließlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – sowie eine größere soziale Anerkennung. Negativ schlägt sich dies auf die Leistungsfähigkeit einzelner nationaler Gesundheitssysteme aus. Gerade Staaten mit niedrigen und mittleren Durchschnittseinkommen werden durch den Verlust von qualifizierten Gesundheitsfachkräften geschwächt. Auf regionaler Ebene droht die Abwanderung sogar zu einer Unterversorgung der Bevölkerung zu führen. Die Abwanderungsbewegungen finden vor allem in die direkten Nachbarländer sowie innerhalb der EU von Ost- nach West- beziehungsweise von Süd- nach Nordeuropa statt. Deutschland ist der Studie zufolge sowohl von der Zuwanderung als auch der Abwanderung von Arbeitskräften im Gesundheitswesen betroffen, wobei die Zahl der zugewanderten Ärzte höher ist als die der abgewanderten.

Diskussion: Revision der Berufsanerkennungsrichtlinie

Per Videokonferenz fand Ende Oktober 2011 erstmalig eine Aussprache zwischen einem Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) und einem Ausschuss des Deutschen Bundestages statt. In diesem Rahmen tauschten sich der Binnenmarktausschuss des EP und der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages über die Revision der Berufsanerkennungsrichtlinie aus. Für Mitte Dezember 2011 wird der Gesetzesvorschlag der Kommission erwartet, der darauf abzielt, die Anerkennungsverfahren zu vereinfachen und zu erleichtern. Während die Europaabgeordneten diese

Ziele einhellig begrüßten, zeigten sich die Bundestagsabgeordneten in ihren Wortmeldungen weniger euphorisch. Sie warnten vor einem Automatismus bei den Anerkennungsverfahren. Die zuständigen Behörden im Aufnahmestaat müssten im Interesse der Verbraucher und Patienten weiterhin das letzte Wort bei der Anerkennung haben.

2012: Europäisches Jahr für aktives Altern

Ab 2012 beginnt die Bevölkerung in Europa im erwerbsfähigen Alter abzunehmen, während die Zahl der über 60-Jährigen jährlich um etwa zwei Millionen Menschen steigt. Die EU hat vor diesem Hintergrund 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern“ ausgerufen. Das Aktionsjahr soll Politik und Bevölkerung für die mit dem demografischen Wandel verbundenen Entwicklungen sensibilisieren. Es soll dazu beitragen, eine Kultur des aktiven Alterns zu fördern, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen älterer Menschen zu verbessern und ein gesundes Altern zu unterstützen. Ältere Menschen sollen ermutigt werden, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, etwa durch ehrenamtliches Engagement.

Neu: „Parlamentarium“

Brüssel ist um eine Attraktion reicher. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, hat Mitte Oktober 2011 das neue Besucherzentrum des Europäischen Parlaments eröffnet, das den Namen „Parlamentarium“ trägt. Konzipiert und gestaltet wurde das 21 Millionen Euro teure Zentrum vom Stuttgarter Atelier Brückner. Auf fast 3000 m² Fläche kann man sich in allen Amtssprachen der EU über den europäischen Integrationsprozess, die europäische Gesetzgebung und die Arbeit des Europäischen Parlaments informieren. Das „Parlamentarium“ befindet sich im Willy-Brandt-Gebäude des Europäischen Parlaments und ist an sieben Tagen in der Woche geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros des BZÄK